

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

# BERLINER EXTRA DIENST

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH - Verantwortlich für den Inhalt:  
Carl L. Guggomos - Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-  
fon 8 83 40 74 - Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt - Zeitungs-,  
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-  
wertung mit der Redaktion in Verbindung - Bezugsbedingungen: Inland monatlich  
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto - Bankverbindung:  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

Verantwortlich i. V.  
Martin Buchholz

13. Juli 1968 - 56 / II  
Einzelpreis DM 0.75

SEITE 3 UND 9: THESEN ZUR WESTBERLIN-POLITIK  
SEITE 6: POLIZEIAKTION REKTORATSRÄUMUNG / EIN EXTRA-DIGEST  
SEITE 7: RECHTSANWALT BURGER ÜBER WIDERSTANDSRECHT  
SEITE 10: BBC-DISKUSSION MIT COHN-BENDIT, KRIPPENDORFF, WOLFF U. A. (II)  
=====

FALL MAHLER: WER LINKS IST, LÜGT AUCH

Der Ausschluß Rechtsanwalt Mahlers von der Verteidigung dreier Angeklagter, die am Ostersonnabend in der Meinekestrasse verhaftet worden waren, ist auf die Behauptung des Einsatzleiters, Oberkommissar Burck, zurückzuführen, er habe Mahler als Teilnehmer dieser Demonstration gesehen (siehe EXTRA-Dienst 43/II). Mehrere Polizeibeamte, die allerdings fast alle unterschiedliche Schilderungen über Mahlers Teilnahme, seine Bekleidung und Begleitung abgeben, haben diese Aussage Burcks inzwischen bekräftigt. Demgegenüber stehen 22 Zeugen, die beides, daß Mahler während dieser Zeit ununterbrochen an einer Sitzung des Zentralausschusses in der TU teilgenommen habe. Zu diesen Zeugen gehören auch der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger und der frühere FU-AStA-Chef Nevermann. Amtsrichter Karraß, der schon in einem Verfahren gegen EXTRA-Redakteur Buchholz Mahler als angeblich wichtigsten Zeugen von der Verteidigung ausgeschlossen hatte (ohne daß der "Hauptzeuge" später vernommen wurde), hat nach Anhörung von vier Mahler-Zeugen entschieden: "Das Auftreten des Rechtsanwalts Mahler in dieser Sache ist unzulässig, denn er ist selbst dringend verdächtig, als Anstifter bzw. Mit- oder Nebentäter an den Straftaten der Angeklagten beteiligt gewesen zu sein". Angeblich hat Mahler in der TU zu dieser Demonstration, die schon Tage zuvor als Verkehrsblockade von der Kampagne für Abrüstung geplant war, angestiftet. Ausserdem soll er im Gespräch mit einzelnen Demonstranten in der TU "mit Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet" haben. Tatsächlich sprachen ihn Pressevertreter an (die jetzt als Zeugen von Mahler dringend gesucht werden). Und weiter: "Rechtsanwalt Mahler fühlte sich für das Gelingen der Demonstration verantwortlich und begab sich nach Überzeugung des Gerichtes gegen 16.30 Uhr an die Kreuzung Meinekestrasse. Hier wurde er von den Polizeibeamten, die ihn aus anderen Demonstrationen und Gerichtsverhandlungen persönlich kennen, erkannt. Dieser erhebliche Verdacht wird durch die Alibi-Zeugen des Rechtsanwalts Mahler nicht erschüttert". Insbesondere wird der über Berlin hinaus bekannte Architekt Dr. Kiemle, der während der ganzen Zeit in der TU an Mahlers Seite war, als Zeuge diskriminiert: "Gegenüber den klaren Aussagen der Polizeibeamten, die genaue Angaben über Zeit und Ort des Erkennens von Rechtsanwalt Mahler eidlich bekräftigen, erscheinen die Aussagen dieser Zeugen wenig glaubhaft. Es ist auch wahrscheinlich, daß der Zeuge Kiemle der Institution des Eides nicht den Ernst entgegenbringt wie die Polizeibeamten, die sich schon durch ihren Beruf zur Aufrechterhaltung der Legalität eidlich verpflichtet haben. (...) Wer, wie der Zeuge Kiemle an führender Stelle, die gewalttätige Durchbrechung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit will und sein

darauf gerichtetes Handeln als übergesetzlichen Notstand entschuldigt, tut dies auch in Bezug auf einen Meineid und schwört ihn". Dr. Kiemle, dem diese Absicht mit der falschen Behauptung unterstellt wird, er sei einer der APO-Führer und Mitglied des Zentralausschusses, hat ebenso wie Mahler den Richter wegen falscher Anschuldigung angezeigt. Gegen Oberkommissar Burck, der schon wegen falscher Aussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zurechtgewiesen worden war, hatte Mahler schon vor Wochen Anzeige wegen Meineids erstattet. Im Gegensatz zu den Polizeibeamten hatte keiner der in der Meinekestrasse anwesenden Journalisten Rechtsanwalt Mahler beobachtet, hingegen aber den Einsatzleiter, der bei der Verhaftung des Diplom-Volkswirts Dr. Huffschmid den wehrlos Abgeführten von hinten den Gummiknüppel über Kopf und Rücken schlug.

#### FALL POLITISCHE JUSTIZ: PRESSEERKLÄRUNG DES RC VERSCHWIEGEN

Die gesamte Westberliner bürgerliche Presse verschwieg ihren Lesern eine ihnen am Mittwoch zugeleitete Presseerklärung des RC zur Ausschließung Mahlers von der Verteidigung in "Meinekestraßen-Fällen". Die Erklärung war an alle Presseagenturen gegangen sowie an einzelne Zeitungsredaktionen:

"Die Berliner Justiz versteht sich wieder einmal als Werkzeug der politischen Reaktion gegen die außerparlamentarische Opposition. Nach Vorbildern aus der ersten Phase des Dritten Reiches werden Zeugen allein wegen ihrer unterstellten politischen Überzeugungen für unglaubwürdig erklärt und sogar offen des Meineids beschuldigt, während Polizisten allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Staatsapparat auch dann noch für glaubwürdig gehalten werden, wenn ihre Aussagen widersprüchlich sind. Wenn auf diese Weise jetzt auch Rechtsanwalt Mahler an der Ausübung seines Berufes gehindert werden soll, so ist dies ein Versuch, oppositionellen Gruppen auch den fundamentalen Schutz in rechtlichen Verfahren streitig zu machen. Der Vorstand des Republikanischen Clubs protestiert mit allem Nachdruck gegen diesen Mißbrauch der Justiz im Interesse der Ablenkung von der Unfähigkeit der politischen Instanzen dieser Stadt. Wir fordern daher: daß der Senator für Justiz unverzüglich in einer öffentlichen Diskussion zu den Rechtspraktiken der Berliner Staatsanwaltschaft Stellung nimmt; daß die Staatsanwaltschaft regelmäßig und öffentlich über den Verlauf von anhängigen Ermittlungsverfahren gegen Funktionäre der Staatsgewalt Rechenschaft ablegt; daß unverzüglich gegen die an den genannten Verfahren beteiligten Staatsanwälte und Richter Ermittlungsverfahren wegen Begünstigung im Amt bzw. Rechtsbeugung eingeleitet werden."

#### BERLIN-VISITE: KIESINGER KAM AUF WUNSCH DER USA

Die durch die Maßnahmen der DDR im Berlin-Verkehr inspirierte Reise von Bundeskanzler Kiesinger nach Berlin, kam auf dringende Empfehlung des Botschafters der USA in Bonn zustande - so verlautet inoffiziell aus Senatskreisen. Der Auftrag an Kiesinger: Unüberlegte Gewaltakte und andere Maßnahmen gegen die DDR-Verordnungen zu verhindern, Senat und Parteien zu bewegen, sie zu bagatellisieren und jede Panikstimmung im Keim zu ersticken. In diesem Sinne trat auch Brandt auf der den DDR-Maßnahmen folgenden außerordentlichen SPD-Landesausschußsitzung auf, als er seine Genossen vor Scheinaktivitäten, die als Gegenmaßnahmen aufgeputscht werden, warnte. Das Arsenal der Gegenmaßnahmen sei viel kleiner als mancher glaubt, und eine Stärkung der Stadt liegt nach Brandt viel eher im Bereich des möglichen. Wie bekannt wurde, spielen mehrere einflußreiche Berliner SPD-Funktionäre wieder mit dem Gedanken, in die Bundesrepublik zu gehen, da nach ihrer Meinung für Berlin keine Perspektive mehr erkennbar ist. Aus dem Polizeipräsidium verlautet dazu, daß die Anträge auf Wohnungsumzüge in die Bundesrepublik seit dem 11. Juni 1968 angestiegen sind.

#### BONNER CDU: SPEKULATIONEN UM SCHRÖDER

Mehrere "namhafte CDU-Mitglieder" streben eine Kandidatur des Verteidigungsministers, Gerhard Schröder, für das Amt des Bundespräsidenten an. Wie der "Kölner Stadtanzeiger" berichtet, werden diese christdemokratischen Politiker von dem Gedanken geleitet, Schröder auf diese Weise als möglichen Kanzlerkandidaten auszuschalten. Speziell sollen diese Bestrebungen von Rainer Barzel ausgehen, der sich selbst eine Chance für Kie-

singers Nachfolge nach 1969 bzw. spätestens ab 1973 ausrechnet. Schröder versucht schon seit geraumer Zeit, sein Image als "Kontrastkanzler" aufzubauen. Seine jüngsten Äußerungen, daß sich die Hoffnungen des Westens auf Entspannung mit der Sowjetunion als "trügerisch" erwiesen hätten und daß nun "die Grenze des einseitigen Entgegenkommens erreicht sei" stehen in diesem Zusammenhang. Diese Bemerkungen brachten Schröder allerdings scharfe Kritik gerade von der Seite ein, mit der er in einer von ihm gewollten Kleinen Koalition zu paktieren wünscht: von der FDP, die Schröder in ihrer partei-offiziösen Korrespondenz scharf attackierte.

#### BERLINER BÜRGERKOMITEE: WESTBERLINS WIRTSCHAFT AUF DDR AUSRICHTEN

Auf einer stark besuchten Pressekonferenz des "Berliner Bürgerkomitees", das sich nach den Osterdemonstrationen in Westberlin gebildet hat, legten der frühere Regierende Bürgermeister Albertz, der SPD-Stadtrat Ristock, das FDP-Vorstandsmitglied Schmucker und der einstige Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, sechs Thesen zur Westberlin-Politik vor. EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend das von der Presse nur auszugsweise zitierte Papier im Wortlaut:

"1. West-Berlin kann nur überleben, wenn es gelingt, Mitteleuropa politisch zu konsolidieren. Bei der weltpolitischen Lage - wie sie sich nach dem für Deutschland endgültig verlorenen zweiten Weltkrieg ergeben hat - ist das nur möglich, wenn wir den von den Siegermächten teils vereinbarten, teils zugelassenen Zustand anerkennen. Diese Anerkennung bedeutet vor allem: Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als die polnische Westgrenze; Anerkennung der Existenz der DDR als zweiten deutschen Staat; Anerkennung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens;

2. Als deutschen Beitrag zu der überall erkennbaren Entspannungspolitik der beiden Weltmächte USA und UdSSR müssen beide deutsche Staaten eine konsequente Friedenspolitik betreiben, beide deutsche Staaten müssen eine Verminderung der Rüstung und den Verzicht auf Gewaltanwendung zur Lösung politischer Fragen vereinbaren. Sie müssen auf jede Art der Produktion, Anwendung und Lagerung von Atomwaffen verzichten. Sie müssen entsprechende Vereinbarungen mindestens mit allen mitteleuropäischen Staaten abschließen.

3) Mit diesen Vereinbarungen und vertraglich gesicherten Verzichtserklärungen muß zwischen den beiden deutschen Staaten eine Vereinbarung über die politische und wirtschaftliche Sicherung West-Berlins abgeschlossen werden. Vor allem sind die Verkehrsverbindungen nach allen Richtungen rechtlich und technisch so zu regeln, daß ein moderner Verkehr mit Personen und Sachen jederzeit ungehindert ablaufen kann.

4. Neben die originäre Verantwortung der vier Siegermächte für Berlin sollen Schutz- und Garantieverpflichtungen dieser Siegermächte und anderer mitteleuropäischer Staaten treten, die diese deutschen vertraglichen Vereinbarungen sichern.

5. West-Berlin kann und muß seinen nach Abschluß dieser Vereinbarungen günstigen Standort in und zwischen den drei Wirtschaftsgroßräumen der EWG, der EFTA und des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe nützen.

6. Die Industriestruktur West-Berlins muß damit mehr als bisher auch auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der DDR und der anderen mitteleuropäischen Staaten ausgerichtet werden. Die Berliner Wirtschaft könnte sich dann auf den Rationalisierungs- und Spezialisierungsprozeß in den Volkswirtschaften der DDR und der übrigen mitteleuropäischen Länder einstellen und damit ihren Beitrag zur politischen Entspannung leisten. "

#### APO HAMBURG: HUNGERSTREIK FÜR GRIECHISCHE JUSTIZ-OPFER

In Hamburg sind sieben Auslandsgriechen, fünf Studenten und zwei Arbeiter in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde in den Hungerstreik getreten. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die Verhaftung zweier junger Griechen in Athen, denen vorgeworfen wird, im November vergangenen Jahres im Justizgebäude eine Bombe gezündet zu haben. Einziger Belastungsgrund: Die beiden, ein 25jähriger Physikstudent und ein 29jähriger Filmregisseur, waren Mitglieder der von Theodorakis geleiteten, inzwischen verbotenen Lambrakisjugend. Der Fall kam durch einen ausführlichen Bericht der Londoner "Times" an die Öffentlichkeit. In Hamburg haben sich zahlreiche Studenten- und Jugendverbände mit der Protestaktion der Griechen solidarisiert. Der Republikani-

sche Club Hamburg hat in einem Offenen Brief an Außenminister Brandt appelliert, "auf jede mögliche Weise bei der griechischen Militärjunta für die Grundrechte der beiden Häftlinge tätig zu werden." Darüberhinaus fordert der RC den Vizekanzler auf, die Verweigerung des Asyls für den in Westberlin lebenden Griechen Dimitri Maracas, durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge rückgängig zu machen (EXTRA-Dienst hatte diesen Fall mit Auszügen aus dem Beschluß des Bundesamtes in Nr. 46/II ausführlich geschildert).

#### APO WESTBERLIN: MIETER-AKTION AM MONTAG

Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition wollen am Montag, 15. Juli, die Zwangsräumung einer Arbeiterfamilie mit vier Kindern in der Gropiusstadt (Theodor-Loos-Weg 12 bei Tepper, U-Bahnhof Grenzallee, Bus A 67 bis zur Endstation) zu verhindern suchen. Die Räumung der Familie, die mit der hohen Miete zwei Monate im Rückstand ist, sich aber bereit erklärt hat, die Schulden in Raten abzutragen, soll um 8 Uhr früh stattfinden. Die APO-Demonstranten wollen sich eine halbe Stunde vorher vor dem Haus versammeln.

#### NHB: TARNORGANISATION AN DER TU

Da dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) jegliche Betätigung an der TU untersagt worden ist und ihm auch für Versammlungen und andere öffentliche Veranstaltungen dort keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, engagierte er sich in der Freien Studentengemeinschaft (FSG). Die Erringung und Sicherung eines entsprechenden Einflusses in dieser Organisation war durch die Lancierung des NPD-Mitgliedes Detlef Schubert auf den Platz des 1. Vorsitzenden der FSG möglich geworden.

#### CDU: IN APO EINGEDRUNGEN

Wie gewöhnlich gut informierte Kreise aus der CDU berichten, hat sich der CDU-Landesvorstand durch Unterwanderung in den Besitz des Adressen- und Schulungsmaterials der APO setzen können. U. a. sind die Adressen nahezu aller Basisgruppen bekannt geworden. Das vervielfältigte Material wurde allen Kreisverbänden zum intensiven Studium übergeben, damit man "sich gründlich auf Auseinandersetzungen mit der APO vorbereiten kann". Für geplante Maßnahmen und Aktionen soll vor allen Dingen die Junge Union herangezogen werden.

#### NPD: BESSERE PLANUNG FÜR ANTI-APO-AKTIONEN

Der Initiator der Überfälle auf die SDS- und APO-Büros, Pieper, will auf Anraten seiner Partei, der NPD, und des ihn verteidigenden Rechtsanwalts mit taktischen Manövern die Auswirkungen seines Vergehens bagatellisieren, um den "Schaden für die NPD" möglichst gering zu halten. So hat er versucht, die Familie des an dem Überfall beteiligten minderjährigen Hartmut Delf zu bewegen, die vor der Politischen Polizei gemachten Aussagen gegen ihn zu widerrufen. Dem Gericht will Pieper - sollte es zu einer Verhandlung kommen - das Märchen aufstischen, daß er zu dem SDS-Büro gefahren sei, um mit den Studenten zu diskutieren. Da man ihn hier jedoch nicht zu Wort kommen ließ und darüberhinaus noch tätlich angriff, waren er "und seine Freunde gezwungen, in Notwehr zu handeln". Der Berliner NPD-Vorsitzende Kendzia, der von allen Aktionen gegen die APO informiert sein und sie gutheißen soll, hat angeordnet, daß bei einem Prozeß Angeklagte und Verteidigung alles versuchen müssen, zu verhindern, daß der Name der Partei in den Verhandlungen eine Rolle spielt. Die der NPD und der Vereinigung "17. Juni 1953" e. V. angeschlossene "Peter-Fechter-Jugend" hat sich nach der Beteiligung an den Überfällen auf die SDS- und APO-Büros eine ernste Rüge der genannten Organisationen eingehandelt. Wie bekannt wurde, bestehen die Vorstände darauf, daß derartige Aktionen künftig "gründlich geplant und von Fachkräften durchgeführt" werden. Eine wie bisher praktizierte dilettantische Arbeit gegen die APO könne man sich in Zukunft nicht mehr leisten. Der neue Stil der Auseinandersetzung mit der APO soll bereits in einer unmittelbar bevorstehenden Aktion gegen den SDS praktiziert werden. Die Absprachen für künftige Aktionen erfolgen im Versammlungslokal der "Peter-Fechter-Jugend" in Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Straße 89, und erfreuen sich wohlwollender Duldung durch dessen Inhaberin Margot Emmert.

## PERSONALIEN

WERNER NIEKE, Chefredakteur der "Nachtdepesche" ist jetzt auch als einer von drei Scholz-Vertretern in die Chefredaktion des "Telegraf" eingerückt und zum Leiter der Politischen Redaktion avanciert. Nieke ist dafür prädestiniert: Jahrelang war er Leiter des Ostbüros des "Telegraf" und stand in enger Verbindung mit dem Ostbüro der SPD. Er war mitverantwortlich für zahlreiche Propaganda-Broschüren in der Aufmachung bekannter DDR-Publikationen, die durch Ballon-Aktionen des SPD-Ostbüros vom DDR-Himmel fielen. Enge Kontakte bestehen auch zwischen Nieke und "tarantel-Press", die im Sommer letzten Jahres mit Lügen über Arnold Zweig und sein Verhältnis zur DDR Skandal erregte. Niekens "Nachtdepesche" hatte damals die erste "tarantel"-Ente über Arnold Zweig veröffentlicht.

WALTER BARTHEL, Westberliner Journalist, wurde in zweiter Instanz vom Amtsgericht Tiergarten von der Anklage freigesprochen, am 17. Dezember 1966 bei einer Spaziergangs-Demonstration auf dem Kurfürstendamm drei Polizisten von hinten mit Bruchialgewalt in eine Demonstrantenmenge gestoßen zu haben. Barthel war damals ebenso wie "Zeit"-Korrespondent Kai Herrmann für mehrere Stunden festgenommen worden. Nach anderthalbjähriger Bedenkzeit beantragte jetzt auch der Staatsanwalt Freispruch auf Kosten der Landeskasse, da keiner der angeblich blessierten Gesetzeshüter aufzureiben war.

WOLFGANG EBERT, professioneller "ZEIT"- und "stern"-Witzbold, saß selbst einem Kollegen-Witz auf. Ebert hatte den Feuilletonchef der "ZEIT", Rudolf Walter Leonhard, auf Spekulationen hin angesprochen, nach denen Leonhard zur "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wechseln wolle. Leonhard, in Weinlaune, bestätigte. Seitdem gibt es ein Presse-Gerücht mehr. Quelle: Wolfgang Ebert.

## MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MONTAG, 15. Juli, 20 Uhr, Horst Dümchen und Klaus Ehrler (Christlicher Friedensdienst) diskutieren zum Thema "Die Lebensfähigkeit für Westberlin durch Entpolitisierung" (siehe Seite 9).

DONNERSTAG, 18. Juli, 20 Uhr, Willy Huhn berichtet über "Niedergang der revolutionären Räte in der Sowjetunion 1917 - 1922".

FREITAG, 19. Juli, 20 Uhr, Freitagdiskussion: "Zur politischen Strategie des Republikanischen Clubs im kommenden Herbst und Winter (II)".

SAMSTAG, 20. Juli, 20 Uhr, Podiumsdiskussion zum Thema: "Widerstand gegen den Faschismus".

## HINWEISE DER REDAKTION

Der Ermittlungsausschuß an der TU (Zimmer 2134, Tel. 31 07 81, App. 760) sucht Zeugen für folgende Fälle: Wer hat am 14. April bei der Abhol-Aktion an der Friesenstrasse den grauen Mercedes 190 D mit dem Kennzeichen SI-DE 829 unbeschädigt parken sehen, wer hat in- und außerhalb des Fahrzeuges Mißhandlungen eines Ehepaares beobachtet, wer hat dieses Paar zur TU zurückgefahren, und deren Wagen abgeholt? Wer hat eine Frau, Mitte vierzig, bekleidet mit schwarz-weiß-kariertem Mantel (Pelzkragen) am Karfreitag unverletzt vor dem Rathaus Schöneberg gesehen? Diese Frau, die eine rote Fahne trug, wurde auf einem Polizeiwagen von mehreren Beamten zusammengeschlagen und verbrachte zwei Tage im Krankenhaus. Die Polizei behauptet jetzt, sie sei schon vorher verletzt gewesen. In einem dritten Fall werden Zeugen gesucht, die am Ostermontag vor dem SFB die Verhaftung eines etwa 55jährigen Mannes auf dem Mittelstreifen beobachtet haben. Es gab an diesem Abend kaum andere Verhaftete. Das Ermittlungskomitee bittet ferner jeden im Zusammenhang mit den Osterdemonstrationen Beschuldigten, sich zu melden.

SONNTAG, 14. Juli, 18 Uhr, zeigen die Freunde der deutschen Kinemathek im Bellevue "Que Viva Mexiko", einen Studienfilm über Eisensteins Mexiko-Projekt, zusammengestellt von Jay Leyda. Der ursprünglich vorgesehene Film "Tih Minh" von Louis Feuillade wird im September vorgeführt.

## BERICHT ÜBER EINE POLIZEIAKTION

Schwere Tumulte an der FU - Rektorat wurde verwüstet - 72 Studenten festgenommen - 600 Polizisten im Einsatz (Schlagzeilen der BZ am 11. Juni). Krawall an der Freien Universität: Aus Protest gegen die erneute Ablehnung der Satzung für das Otto-Suhr-Institut durch den Akademischen Senat besetzten gestern nachmittag etwa 100 Studenten das FU - Rektorat (Bild-Zeitung). Etwa 600 Polizisten wurden eingesetzt, um das Gebäude des Rektorats und den Vorplatz zu räumen (BZ). Herbeigerufene Polizei räumte das Rektorat, indem sie die kaum Widerstand leistenden Studenten aus dem Gebäude heraustrug und auf Mannschaftswagen brachte (Welt). Die Beamten wurden dabei mit Wasser und aus Schaumlöschern bespritzt und mit Aktenheftern und anderen Wurfgeschossen beworfen (Berliner Morgenpost). Erst nach längerem Handgemenge konnten alle Studenten aus dem Rektorat abtransportiert werden (Telegraf). Im oberen Stockwerk hatten sich die Studenten hinter Möbeln verbarrikadiert, kamen aber nach längeren Verhandlungen hervor, räumten die Barrikaden fort und ließen sich zu den Mannschaftswagen bringen, nachdem ihnen zugesichert worden war, daß sie nach Feststellung ihrer Personalien auf einer Dienststelle ihrer Wege gehen könnten (Tagesspiegel). Mit Beilen und Brecheisen mußten sie (die Polizei) sich Zimmer für Zimmer durchkämpfen (Abend). Staatsanwälte waren bei der Räumung des Rektorats durch die 600 Polizisten mit dabei. Auf dem Zehlendorfer Revier begannen sie noch am Abend mit der ersten Vernehmung von Zeugen und Beschuldigten (Abend). Als die Polizei versuchte, die Festgenommenen mit Mannschaftswagen abzutransportieren, kam es zu neuen Zusammenstößen (BZ). Die Polizei mußte gegen 19 Uhr die Kreuzung Ihne/Ecke Garystrasse von sitzenden Demonstranten räumen, die erneut die Durchfahrt eines Polizeiwagens verhindern wollten. Vereinzelt kam es zu Schlagstockeinsatz, wie die Polizeipressestelle mitteilte (Tagesspiegel). Hier mußten von Studenten bedrängte Polizisten auch vereinzelt vom Schlagstock Gebrauch machen (BZ). Obwohl die Polizei zum Zeichen ihrer friedlichen Gesinnung diesmal auf Tschakos verzichtet hatte und nur in zwei Fällen vom Schlagstock Gebrauch machte, kam es jetzt desöfteren zu einem Gerangel zwischen Polizisten und sich mit Händen und Füßen wehrenden Studenten (Abend). Etwa 200 Polizisten drangen nunmehr auf die Studenten ein und machten dabei auch von ihren Schlagstöcken Gebrauch. Es kam zu sehr harten Szenen, bei denen nach Augenzeugenberichten zuweilen von den Polizisten rücksichtslos vorgegangen wurde. Pressevertreter, die das Schlimmste verhüten wollten und nach Dienstnummern fragten, wurden durchweg abgedrängt. Ihnen wurde unterstellt, sie forderten die Dienstnummern "nur so zum Spaß" (Telegraf). Dabei wurden nach Mitteilung der Polizei zwölf Polizisten leicht verletzt (Bild).

## DUTSCHKE-VERHAFTUNG: VERFAHREN IN FRANKFURT EINGESTELLT

Die Ermittlungsverfahren gegen den Frankfurter Stadtrat Hans Kiskalt und den Polizeidirektor Josef Jordan, die am 29. Februar Rudi Dutschke zwei Stunden lang am Flughafen Frankfurt festhielten und wegen Freiheitsberaubung im Amt angezeigt worden waren, sind eingestellt worden. Im zehneitigen Einstellungsbescheid des Oberstaatsanwalts beim Frankfurter Landgericht heißt es: "Die Beschuldigten haben erklärt, sie hätten die Inverwahrungsnahme des Anzeigerstatters Dutschke nur deshalb angeordnet, um ihn vor der Begehung strafbarer Handlungen abzuhalten. . . " Als Oberbürgermeister Prof. Brundert von der Verhaftung Dutschkes erfahren hatte, veranlaßte er dessen Freilassung. Die "Weitergabe dieser Weisung" dauerte allerdings fast eine Stunde lang. Für den Oberstaatsanwalt kommt es "nicht darauf an, ob der Anzeigerstatter Dutschke tatsächlich vorhatte, zu einer nicht genehmigten Demonstration aufzufordern. Maßgebend ist, ob die Beschuldigung (...) ihr Einschreiten für notwendig und sachlich gerechtfertigt halten durften." Denn: "Eine solche Auffassung von der Rechtmäßigkeit polizeilichen Handelns entspricht dem rechtsstaatlichen Ordnungsbedürfnis. Sie schützt den Vollzugsbeamten in der Entschlußkraft bei der Amtsausübung, die sonst in für die öffentlichen Belange unheilvoller Weise beeinträchtigt würde."

RECHTSANWALT BURGER: ZUM WIDERSTANDSRECHT VON DEMONSTRANTEN

In der Sendereihe "Pro und Contra" des 1. Fernsehprogramms kam am 9. Juli der bekannte Münchner Strafverteidiger Till Burger über die rechtliche Bewertung der Osterunruhen zu Wort. Burger ist der Öffentlichkeit vor allem aus Prozessen gegen jugendliche Straftäter bekannt. Fragesteller in dem Gespräch, das EXTRA-Dienst nachfolgend dokumentiert, sind der SHB-Vize-Chef Jens Litten und der Strauß-Assistent und stellvertretende Chefredakteur des "Bayern-Kurier", Marcel Hepp. Die Sendung war ausnahmsweise besonders spät - nach 22 Uhr - angesetzt worden.

LITTEN: Meinen Sie, daß im Zusammenhang mit den Demonstrationen an Ostern vor den Springer-Häusern es sich um - wenn Sie so wollen - die Materialisierung des Widerstandsrechts seitens einer, wie Sie meinen, verfeimten Gruppe der Gesellschaft gehandelt hat, oder wie würden Sie sonst politisch und auch juristisch diese Demonstration deuten?

BURGER: Ich glaube, daß mindestens subjektiv die Rechtsauffassung bestand, ein Widerstandsrecht zu haben. Ich glaube sogar, daß die Jugend ein Widerstandsrecht hat und haben muß, weil sie schließlich die Suppe dann auslöffeln muß, die ... unserer Generation.

LITTEN: Wie wir wissen ist ja ein solcher Widerstand allenfalls verfassungsimmanent interpretierbar. Meinen Sie, daß es Formen gibt, wie ein solches Widerstandsrecht überhaupt ausgestaltet werden kann und ob im Zusammenhang mit der Ausübung eines solchen Widerstandsrechts der Bogen von den Demonstranten überspannt worden ist und wenn in welcher Form?

BURGER: Man kann bei einer Demonstration und bei derartigen Dingen nicht irgendwelche Regeln aufstellen. Der Bogen wird, wenn Sie so wollen, immer überspannt werden. Der Bürger, der das Gefühl hat, die erste Bürgerpflicht ist die Ruhe, der wird immer das Gefühl haben, der Bogen ist überspannt. Aber wenn wir andererseits sehen, was in Frankreich passiert ist und wo eben dort wirklich Erfolge erzielt worden sind und die Leute nicht Bahnsteigkarten erst genommen haben, bevor sie in den Bahnhof gegangen sind, dort ist wirklich was erreicht worden und De Gaulle, der sehr klug ist, hat sofort amnestiert.

LITTEN: Glauben Sie in diesem Zusammenhang, daß man vorher die Demonstrationsformen etwa nach geltendem Recht absichern kann, sodaß vorher schon eine eindeutige Rechtssicherheit für die Demonstranten besteht, wie sie sich in einer solchen Demonstration zu verhalten haben. Ich meine besonders die Frage eines Sitzstreikes, bei dem es ja durchaus kontroverse Urteile gibt.

BURGER: Es wurde eingangs hier von Recht und Gesetz gesprochen. Ich bin der Meinung, daß das nicht konform geht, daß Recht und Gesetz zwei verschiedene Dinge sind. Das Gesetz kann man fassen, nicht das Recht. Die Rechtsauffassungen ändern sich, die Rechtsauffassungen sind subjektiv anders, je nachdem welche Volksgruppe, welche Generation. Man kann solche Dinge, wie Demonstrationen und Widerstandsrecht - vermeintliches oder tatsächliches - meines Erachtens nicht in Gesetze kleiden. Man kann aber den 6. Abschnitt des Strafgesetzbuches dringend ändern, denn der stammt aus dem alten Gesetzbuch von 1851 und dann von 1870, und das haben wir immer noch vom Obrigkeitsstaat her.

HEPP: Zum Thema Widerstandsrecht: Glauben Sie nicht, daß es eine allen Rechten und allen staatsbürgerlichen Rechten und Grundrechten immanente Schranke gibt, eine Schranke, die durch Art. 2 des GG gegeben ist, der lautet: Jeder kann seine Freiheit nur so weit ausüben, wie Rechte anderer nicht davon betroffen sind. Ja glauben Sie, daß ein sogenanntes Widerstandsrecht, daß in dem konkreten Fall - ich will Ihnen mal konzedieren, daß die Demonstrationen im Namen des Widerstandsrechtes geschehen sind -, daß das Widerstandsrecht soweit gehen kann, daß Redaktionen demoliert, Häuser angezündet, Autoreifen aufgeschnitten werden?

BURGER: Es gibt auch einen Artikel 4 - "Gewissensfreiheit"-und Artikel 5 - "Meinungsfreiheit" - und einen Artikel 8 - "Versammlungsfreiheit" -. Sie können nicht das eine

gegen das andere abwägen. Es gibt in jeder Demokratie Momente, wo man hier nicht abwägen kann, sondern wo ich glaube, daß Menschen, Überzeugungstäter, das Gesetz übertreten dürfen, vielleicht sogar sollen, und die Frage des Widerstandsrechtes, nun, das wird meistens so beurteilt: Wenn der Widerständler durchgekommen ist, dann war er im Recht, und wenn er nicht durchgekommen ist, dann wird er verurteilt.

HEPP: Wie sieht es dann mit dem Widerstandsrecht dessen aus, der zum Beispiel im Fall des Hauses Springer sich auch auf seines besinnt und gegen die, die ihr Widerstandsrecht üben, vorgeht. Hat der auch ein Widerstandsrecht, darf das Haus Springer mit eigenen Mitteln im gegebenen Fall zurückschlagen? Sie kommen doch da in eine Eskalation der Gewalt hinein.

BURGER: Was soll man tun, wenn dieser Staat nicht aufwacht und sich nicht klar wird, daß solche Meinungsmonopole ungeheuer gefährlich für die Demokratie sind? (...)

HEPP: Ja, das will ich Ihnen sagen, was die Jugend tun soll. Die Jugend soll demonstrieren, sie soll sich aber von Gewaltakten enthalten.

BURGER: ... so wie die Demonstration an jenem Samstag in Bonn, als jene anderen abfuhr, die sich das ansehen sollten.

HEPP: Ja, da müßte die Demonstration aber besser organisiert sein.

BURGER: Nun, wir sprachen aber an sich von der Amnestie. Recht oder Unrecht -, es handelt sich doch um Leute, die das Beste wollten im Rahmen der Demokratie, und ich halte es für ungerecht und falsch, die Leute vor Gericht zu zerren. Denn es sind ja Tausende, die da demonstrieren, und nun greift man ein paar Einzelne heraus und bestraft sie mit Einsperren, das Dümme was man tun kann. Ich sag immer bei den Kindern Kohlenkeller. Und das macht der Staat: Einsperren, Kohlenkeller. Das ist die einzige Idee, die sie haben.

#### EXTRA-DISKUSSION

EXTRA-Dienst setzt heute die Diskussion um Fragen der APO-Politik fort. Jürgen Stiewe, Vorstandsmitglied des RC, lieferte uns einen Beitrag zum Begriff "anti-autoritär". Aus dem "Tempelhofer Solidaritätskreis" um Pfarrer Nevermann und dem "Arbeitskreis Verständigungshilfe" um Pfarrer Dümchen kommen fünf Thesen zur Westberlin-Frage, über die am Montag in einer Veranstaltung des RC diskutiert werden soll. Unter dem Titel "Frieden für Westberlin" erscheinen diese Thesen, mit einem ausführlichen Dokumentenanhang demnächst in der Reihe "Argumente zur Zeit" des Pahl-Rugenstein-Verlags, Köln.

#### JÜRGEN STIEWE: ANTI-AUTORITÄR UND REVOLUTION

In Peter Sörgels Artikel "Zur Informationspolitik des EXTRA-Dienstes" (6. Juli 68) wird diesem Blatt ein warmes Plätzchen im anti-autoritären Lager eingeräumt, um dadurch die beinahe autoritäre Forderung zu rechtfertigen, die Redakteure hätten sich gefälligst als Impulsgeber der anti-autoritären Bewegung zu betätigen. Der qualvolle Aufschrei des anti-autoritären Lagers nach Artikulierung seiner Ziele, läßt den Verdacht aufkommen, daß da, wo nichts ist, auch nicht artikuliert werden kann. In frühen Zeiten, als das Strohfeder noch loderte, konnte man zuweilen Popo-Spitzel daran erkennen, daß sie noch am Mittwoch die Elfenbeinturm-Theorien nachplapperten, die zwar erst am Montag formuliert, jedoch schon am Dienstag verworfen wurden. Jetzt, da man offensichtlich auf der Sparflamme kocht, scheint es zu genügen, sich durch bloße Negation des Bestehenden, evtl. auch der These, daß die Erde rund ist (wenn diese These von einem "Etablierten" stammen würde), ein linkes Image zu geben. So wird es auch verständlich, warum z. B. die "etablierte" KPF in Grund und Boden verdammt wird, ohne daß man sich der Mühsal einer Analyse der französischen Situation unterziehen muß. Anti-autoritäres Verhalten ist unbedingte Voraussetzung zur Bildung eines revolutionären Bewußtseins. Bleibt man jedoch auf dem Anti-autoritären hocken, wie eine alternde Henne auf einem längst ausgebrüteten Ei, so hat das erstens mit Revolution wenig zu tun, und zweitens soll man sich nicht wundern, wenn man Kritik an Aktionen erntet, die unter Berücksichtigung hi-



storischer Erfahrungen und der Analyse der heutigen Situation objektiv konterrevolutionär sind. Anti-autoritär bin ich auch. Aber ich kann die Ansicht derer nicht teilen, die es sich auf ihrem selbstgebastelten rosa Thrönchen bequem machen und auf Rudi Lenin warten, der sie zu neuen (natürlich anti-autoritären) Führern einer Revolution machen soll.

("Mögen sie heulen. Dafür wird die Bourgeoisie sie loben." Lenin: Staat und Revolution; Ein Brief an Bebel).

#### CHRISTLICHER FRIEDENSDIENST: THESEN ZUM WESTBERLIN-PROBLEM

Es ist für uns Westberliner wichtig, gerade jetzt unser Schicksal etwas mehr als früher in die eigenen Hände zu nehmen. Selbst bei den Pazifisten wurde es infolge der auch personellen Insularität Westberlins (Ausnahmen: die kurzen Passierscheinbesuchszeiten) üblich, Friedens- und Entspannungsinitiativen ausländischen und westdeutschen Freunden oder Kontaktleuten zu überlassen. Das "Aussparen", um nicht zu sagen: Ausschließen der Westberliner aus wesentlichen friedensbezogenen Tendenzen und Entwicklungen muß doch letztlich zu extrem rechtsradikalen Reaktionen in der Bevölkerung und politischen Führung hintreiben - einfach, weil vernünftige Alternativen zur jetzigen Hoffnungslosigkeit immer ferner rücken müssen, wenn Westberlin nicht aktiv und als solches in den Entspannungstrend einbezogen wird... Unsere fünf Thesen:

- 1) Bei der gegenwärtigen "Transit- und Visa-Krise" handelt es sich nur um das Problem des nationalen Status Westberlins. Die Großmächte sind sich einig, die am 13. Juni in Kraft getretenen Neuerungen nicht als Anlaß einer internationalen Westberlin-Krise zu betrachten.
- 2) Es gibt verschiedene Formen des nationalen Status von Westberlin, die für die (auf mindestens 20 Jahre zu schätzende) Zeit bis zu einer Wieder- oder Neuvereinigung realisiert werden und allseits zumutbar sein könnten. Die Positionen der Großmächte könnten davon unberührt bleiben. Freistadt-Lösung, Doppelkonföderation (mit BRD und DDR), Europa-Status mit Wirtschaftsgarantie, internationaler Konferenzort für Nicht-Blockkonferenzen etc. sind real-möglich, wenn sie keine positive Entwicklung ausschließen (Prinzip der Nicht-Exklusivität).
- 3) Westberlin braucht vertraglich vereinbarte Beziehungen auch zur DDR.
- 4) Dazu gehört ein innerer Status politischer Gewaltlosigkeit. Dieser würde ein Fortschreiten infrastruktureller Demokratisierungstendenzen in Westberlin voraussetzen bzw. induzieren. Der Antikommunismus, der in seinem gesellschaftspolitischen Stellenwert an die Stelle des Antisemitismus getreten ist (wie im 16. und 17. Jh. an die Stelle der Judenverfolgungen aus Mangel an Juden die Hexenjagd getreten ist, d. h., die quasi sozial institutionalisierte Unterdrückung der Frauen als qualitative Minderheit), muß hier aus egoistischem Lebensinteresse schnell überwunden werden.
- 5) Diese Bestrebungen setzen sich nur durch, wenn Westberlin auf "große" Politik verzichtet, insbesondere auf Außen- und Militärpolitik. Staatsbesuche (Schah, Lübke, Kiesinger, Tschombé etc.) sollten nach Schweizer Muster entfallen. Nur für die Garantemächte und U Thant könnten Ausnahmen bestehen. Die Bereitschaftspolizei-Division ist abzubauen als Westberlins Beitrag zur Abrüstung. Diese die Macht- und Prestigepositionen nicht-westberliner Interessenten einschränkenden Maßnahmen bedeuteten eine heilsame "Entpolitisierung" mit allen guten Chancen des inneren und äußeren Neuanfangs für Westberlin, dem jetzt keiner für mehr als höchstens drei bis fünf Jahre ein erträgliche Zukunft zu prophezeien wagt. Investitionen aber erfordern Sicherheit für mindestens zwanzig Jahre! Sollten wir wirklich Anhänger jener "Katastrophen"-Theorie werden müssen, die analog zur Konzeption des Kreisauer Kreises von 1943 erst alle Positionen und Erwartungen Westberlins - auch die positiven - zusammenbrechen lassen will, um dann das Neue zu beginnen?

#### ZITAT DER WOCHE

KLAUS SCHÜTZ, Regierender Bürgermeister, steuerte zu unserer Zitatensammlung einen neuen Ausspruch bei. Als ihn Studenten am Mittwoch nach einer Besichtigung des FU-Rektorats zu einer Diskussion im AudiMax aufforderten, weigerte sich Schütz, so vielen Typen ins Gesicht zu sehen. Das neueste Wort des Regierenden Klaus: "Ich bin kein Typ, der beruhigen kann."

## BBC-DISKUSSION: URSACHEN DER STUDENTENBEWEGUNG (II)

EXTRA-Dienst dokumentiert heute den zweiten Teil einer Fernsehdiskussion der BBC mit zwölf Studentenvertretern aus neun Ländern und Westberlin. Die Teilnehmer waren Tariq Ali (England), Daniel Cohn-Bendit (Frankreich), Lewis Cole (USA), Alain Geismar (Frankreich), Alberto Martin de Hijas (Spanien), Yasuo Ishii (Japan), Jan Kavan (CSSR), Ekkehart Krippendorff (Westberlin), Luca Meldolese (Italien), Leo Nauweds (Belgien), Dragana Stavijel (Jugoslawien) und Karl-Dietrich Wolff (Bundesrepublik).

BBC: Wie weit könnte man wohl sagen, daß Studenten in der aktivistischen Bewegung in einem tatsächlichen Sinne auf die Konfrontation aus sind? Daß sie damit die Realität der Macht in den Händen des Staates klarmachen wollen, indem sie die Konfrontation herbeiführen und die Studentenbewegung radikalisieren, indem sie auf die Reaktion der Staatsmacht hinweisen?

NAUWEDS: Nein, wir wollen natürlich nicht den Konflikt mit der Polizei. Nur, wenn wir auf die Straße gehen für ein Problem, das für das bourgeoise System gefährlich werden kann, dann natürlich tritt die Polizei sofort auf den Plan. Normalerweise war es in Belgien aber so, daß das andersrum wirkte. Wir haben nicht nachgegeben, wir haben weitergekämpft. Wir haben aber nicht gegen die Polizei gekämpft als solche; die Polizei mußte ja einschreiten, an sich wollten wir keinen Konflikt mit der Polizei.

MELDOLESE: Wenn die Bewegung in der Lage ist, die Widersprüche in der Gesellschaft zu analysieren, und dann mit ihrer Agitation in die Gesellschaft vordringt, um eine Umwandlung zu bewirken, dann kommt sofort die Repression. Sie kommt auf verschiedene Weisen, aber sie sind mehr oder minder gleich. Ich möchte hier einen Fall, der in Italien passiert ist, zitieren. Ein Student ist zur Zeit im Gefängnis, vor zwei Monaten wurde er verhaftet, und eine ganze Zeit lang wird ihm kein Prozeß gemacht, vielleicht ein Jahr lang nicht. Wir sind sicher, daß er unschuldig ist, aber man kann nichts tun. Die Richter wollen ihn vorerst im Gefängnis behalten, in Untersuchungshaft, weil sie ihn für einen gefährlichen Mann halten. Die Moral, die man daraus ziehen kann, ist: Die Gesellschaft ist voller Gewalt, und man muß gegen diese gewalttätige Gesellschaft etwas unternehmen.

BBC: Aber die Konfrontation kann natürlich auch die Gewalt in der Gesellschaft herausbringen.

ALI: Ja, das glaube ich schon! Aber es gab in Bonn z. B. eine große Demonstration gegen die Notstandsgesetze, eine Demonstration, die man keineswegs als gewalttätig bezeichnen könnte, weil keine Polizisten da waren auf der Straße. Auch in Paris war eine solche Demonstration, die nicht in Gewalt umschlug, weil die faschistische CRS nicht dort war. Deshalb sagen wir: Schickt uns keine Polizisten zu den Demonstrationen. Laßt sie nicht da stehen, denn wenn sie dastehen und anfangen Leute zu verhaften und zu belästigen, dann sind sie natürlich im Auftrag einer repressiven Gesellschaft da, ob sie das wollen oder nicht. Und die Stimmung hat sich verändert: Vor sechs/sieben Jahren hätten Leute das ganz ruhig und gelassen hingenommen, aber selbst in England beginnen jetzt die Leute zu sagen, wenn es für mich falsch ist, einen Polizisten zu schlagen, dann ist es genauso falsch für den Polizisten, mich zu schlagen, und wenn er mich schlägt, dann schlage ich zurück. Erstens! Und zweitens, wenn ich verhaftet werde und einer meiner Freunde an den Haaren weggezogen wird, dann ist es meine moralische Pflicht, einzuschreiten und ihm zu helfen.

KRIPPENDORFF: Ich möchte diese Diskussion zur Gewalt beenden. Gewalt ist nicht unser Problem. Schauen Sie sich nur dieses Plakat hier an. No Alla Violenca Del Padrone! Das bedeutet, wir sagen nein zur Macht der Industrieherrn. Das ist nämlich eine Machtstruktur, die immer latent ist. Doch ich möchte jetzt zu Ihrer Frage von vorhin Stellung nehmen. Sie haben gesagt: Revoltieren die Studenten nicht im wesentlichen gegen die Komplexität unserer Gesellschaft? Was ist denn da so kompliziert und so komplex in dieser

Gesellschaft? Es gibt ganz bestimmte Grundwahrheiten, die wir immer noch herausarbeiten müssen und man führt gewissermaßen eine Strategie des Verbergens des Verhins ein in unsere Gesellschaft, wenn man sagt, heute ist alles viel komplexer als vor 50 oder 100 Jahren. Die Situation ist heute relativ einfach, und wenn uns Gewalt aufge-drängt wird, dann sehen wir, wie einfach ganz bestimmte Fragen zu beantworten sind. Was nun die Frage der Universität angeht, so ist unser Grundproblem, daß wir eine Selbstkontrolle derer wollen, die in ihren Werken, an ihrer Werkstatt arbeiten. Wenn sie also die Universität besetzen und das Bewußtsein der Studenten für die Selbstkontrolle geeignet ist, dann bedeutet das: Sie brauchen keine Lehrer, oder sie brauchen Lehrer, die natürlich mehr Tatsachenwissen haben, aber an einem kollektiven Prozeß gemeinsamen Denkens teilhaben. Und ich kann sagen, meine Studenten in Westberlin sind wenigstens bisweilen genauso intelligent wie unsere Professoren. Viele meiner Studenten sind klüger und intelligenter als ich es bin.

BBC: Hier in England sind natürlich auch verschiedene Colleges besetzt. Was sollen die Behörden tun? Was ist die Antwort darauf?

WOLFF: Das ist die falsche Frage, denn die Behörden können agieren, wie sie wollen. Sie handeln immer unter dem Druck des Systems, sie sind Charaktermasken, sie agieren nicht als Personen, die individuelle Entscheidungen herbeiführen, sondern es ist lediglich eine Reaktion des Systems. Wir haben das überall erfahren. Wir besetzen eine Universität und wir nennen sie Karl-Marx-Universität, wie wir das in Frankfurt getan haben, oder die rote Karl-Marx-Universität, wie die Studenten das in Belgrad gemacht haben, und dann können wir sehen, das System greift ein. Das System erlaubt einfach keine Eigentätigkeit, wenn es die Apathie der Massen wünscht.

BBC: Ist es so, daß Sie politisch festgelegte Universitäten wünschen, die darauf aus sind, das System zu ändern?

COLE: Ja, das haben wir in Columbia beschlossen. Wenn Columbia weiterhin realistisch, imperialistisch war, rassistische Funktionen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft ausführte und dem Imperialismus in Amerika und im Ausland diene, dann, haben wir gesagt, sollte sie nicht weiter existieren.

COHN-BENDIT: Wenn ein deutscher Student 1933 dasselbe gegen Hitler gesagt hätte, dann hätte die ganze Welt gesagt: Ja, das ist in Ordnung! Selbst, wenn es sich bei diesen Studenten um eine Minorität handelt, denn das ist das Recht des Widerstandes. Und wir glauben, daß die amerikanischen Studenten das Recht des Widerstandes haben, denn was Johnson in Vietnam tut, das ist ganz genau dasselbe, was Hitler in Auschwitz, in Dachau und an anderen Orten getan hat. Sie haben also das Recht auf Widerstand und historisch gesehen, haben sie die Pflicht, die Universität zu wandeln gegen den Hauptstrom amerikanischer Ideen.

BBC: Also dann besser keine Universitäten?

COHN-BENDIT: Besser kein Auschwitz als Auschwitz!

KAVAN: Ich möchte nur eine Sache etwas klarer machen, weil ich fürchte, daß meine erste Antwort zu einem Mißverständnis führen könnte. Ich habe vorhin nicht über Privatbesitz und die Produktionsmittel gesprochen, denn wir nehmen das als selbstverständlich hin, daß unsere Gesellschaft nach dem 2. Weltkrieg in der Lage war, sich vom Privatbesitz zu befreien. Das war eine gute Tatsache, ein Erfolg. Und in unseren Forderungen sprechen wir natürlich nicht mehr darüber, denn wir wollen den Kapitalismus nicht wieder einführen, wir wollen nicht wieder den Privatbesitz zurückholen. Wir wollen weiter voranschreiten in der Sozialisierung der gesamten Gesellschaft und die Lücke zwischen den Theorien des Sozialismus und der Praxis schließen. Und die gegenwärtige Situation in der CSSR gibt uns eine gewisse Hoffnung, daß die CSSR das erste Land sein könnte, wo ein System sozialistischer Demokratie geschaffen wird. Ich kenne kein Land in der östlichen und in der westlichen Welt, das so wäre.

BBC: Wir wollen uns doch auch noch mit der Natur der Gesellschaft beschäftigen, die

lung ist. Die gegenwärtige tschechische Liberalisierung...

KAVAN: Wenn Sie bitte so freundlich wären und nicht das Wort Liberalisierung benutzen würden.

BBC: Es tut mir leid.

STAVIJEL: Ich möchte noch einmal zu dem Ausdruck zurückkommen, den Sie benutzt haben: Violence, Gewalt. Das ist nicht in unseren Vorstellungen vorhanden. Nicht in den Vorstellungen der Studenten, die in aller Welt an Demonstrationen teilgenommen haben. In meinem Lande gibt es dafür ein Beispiel. Da kam es zu Zusammenstößen, und als wir die Reaktion der Massen sahen, die nicht zufrieden waren, die nicht wußten, wonach wir strebten und warum wir kämpften, als wir diese Reaktion der Menschen außerhalb der Universität sahen, da sind wir auch weiterhin in der Universität zusammengekommen, haben die sozialen Probleme weiterdiskutiert, und wir haben schließlich Erfolg gehabt. In Titos großer Rede gab es keine Aber. Es war konkret, präzise. Und wir wissen, wie weit wir respektieren müssen, was nun in der Geschichte unseres Landes geschehen ist. Wir versuchen ja lediglich die richtigen Schritte zu tun, in die richtige Richtung zu gehen, auf die Demokratie hin.

BBC: Tariq Ali, welche Art von Gesellschaft sehen Sie in Zukunft?

ALI: Ich glaube, daß - wie einige Kollegen bereits gesagt haben - es nicht richtig wäre, dogmatische Regeln festzulegen oder einen dogmatischen Plan der Gesellschaft, die sich später ergibt. Das geschieht durch den Kampfprozeß selber, daß sich diese Gesellschaft entwickelt.

ISHI: Nun, wir kämpfen zunächst einmal für die Gesellschaft, in der die Demokratie nicht formell und abstrakt ist. Für eine Gesellschaft, in der die Demokratie konkret ist. Die Demokratie in den westlichen Ländern, in den sogenannten freien westlichen Ländern, ist nur noch ein Vorgang, nur noch eine Prozedur, bei der das Individuum abstrahiert wird von seiner sozialen und wirtschaftlichen Position. Wir wollen natürlich das Gegenteil, die konkrete Demokratie.

MELDOLESE: Ich möchte ganz einfach sagen, was mit konkret und formell gemeint ist. Ein System, mit dessen Hilfe man irgendein Zettelchen in die Wahlurne steckt, das ist doch dasselbe, wie man vielleicht eine Zahnpasta irgendeiner anderen Art von Zahnpasta vorzieht. Die Tatsache ist, daß die Leute nicht ihre eigenen Interessen diskutieren. Sie sprechen über Gesichter, über ganz allgemeine Vorstellungen und nicht über irgendetwas konkretes, was sich in ihrem Lebensbereich abspielt. Das wichtige in unserer Bewegung ist immer gewesen, daß man von allem Anfang an die Atomisierung der Menschen aufgibt. In unseren Bewegungen kann man wochenlang diskutieren, und die Leute beginnen mit ihrer eigenen spezifischen Lage und sind von da aus in der Lage, eine politische Analyse auszuarbeiten.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab . . . . . 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME: . . . . .  
WOHNORT: ( ) . . . . .  
STRASSE: . . . . .